

Wattenmeer: Habeck erteilt Ölbohrungen eine Absage

Minister hält Anträge der DEA für „nicht genehmigungsfähig“ / Umweltschützer mit Entscheidung zufrieden

KIEL Klare Kante aus dem Umweltministerium in Kiel: Im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer soll es keine Erkundungsbohrungen zur Ölförderung geben. Dazu vorliegende Anträge der Deutschen Erdöl AG (DEA) seien „nicht genehmigungsfähig“, sagte Umweltminister Robert Habeck (Grüne) gestern in Kiel.

Habeck stützt seine Einschätzung auf ein aktuelles Rechtsgutachten. Das letzte

Die Federführung in dem Verfahren hat das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie. Die vorsorgliche Versagung einer Erlaubnis im Vorgriff auf die eigentlichen Genehmigungsverfahren für die Bohrungsprojekte sieht das Berggesetz nicht vor, so DEA. Man werde das Gutachten „sorgsam prüfen und bewerten“.

Nach dem Nationalparkgesetz sind Ein-

kundungsbohrungen an drei Stellen in Schleswig-Holstein und westlich von Cuxhaven im niedersächsischen Wattenmeer vorzunehmen. Der Konzern vermutet in der Region insgesamt etwa 20 Millionen Tonnen Erdöl. Bei den Probebohrungen werde es „null Einleitungen“ geben – die Förderungen des Öls werde von außerhalb des Nationalparks oder von der Bohr- und Förderinsel „Mittelplate“ aus geschehen.

Wort in dem Streit ist damit freilich noch nicht gesprochen. Habeck betrete mit seiner Vorgehensweise rechtliches Neuland, sagte ein DEA-Sprecher. Grüne, Piraten und die Umweltorganisation Greenpeace begrüßten die Entscheidung Habecks. Kritik dagegen kam vom FDP-Umweltpolitiker Oliver Kumbartzky. Habecks Vorgehen sei rechtlich fragwürdig. Dem Grünen seien die Belange Tausender Arbeitnehmer in Dithmarschen offenbar gleichgültig.

.....
*„Es geht auch darum,
Unternehmen vor
einer Investitionsruine
zu schützen.“*

Robert Habeck
Umweltminister in SH
.....

griffe wie Bohrungen in dem weltweit einzigartigen Biosphärenreservat grundsätzlich verboten, sagte Habeck im Umweltausschuss des Landtags. Ausnahmen sei nur möglich, wenn Erkundungsbohrungen etwa zur Sicherung der Rohstoffversorgung dienten und damit im überwiegenden öffentlichen Interesse lägen. Dies sei auch angesichts der Klimaschutzziele des Bundes nicht länger anzunehmen.

„Es geht auch darum, Unternehmen vor einer Investitionsruine zu schützen“, sagte Habeck, der DEA indirekt empfahl, sein Verfahren nicht weiter voranzutreiben. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung werde keinerlei Aussicht auf Erfolg haben. Auch in einem Planfeststellungsverfahren sei nicht zu erwarten, dass Erkundungsbohrungen mit Nationalparkrecht vereinbar seien.

Die Anträge der DEA zielen darauf, Er-

DEA hat nach eigenen Angaben seit 1987 mehr als 32 Millionen Tonnen Öl aus dem Feld „Mittelplate“ im Wattenmeer gefördert, „sicher, störungsfrei und unter Einhaltung höchster Umweltstandards.“ Im Jahr 2012 hatte die damalige Landesregierung eine Verlängerung der bestehenden Ölförderung bis 2041 beschlossen.

Peter Höver